

# 1. Einführung

## 1.1. Darstellung der Problemlage und Übersicht über die vorliegende Arbeit

Mit dem Aufkommen des Internets ergeben sich völlig neue Möglichkeiten für demokratisch verfasste Staaten. Der Traum einer direkten Demokratie, also einer Demokratie, die nicht auf Repräsentation angewiesen ist, scheint in greifbare Nähe gerückt zu sein. Was im Athen der klassischen Periode jeder freie männliche Bürger durfte, nämlich direkt das Volk ansprechen und es von bestimmten politischen Auffassungen überzeugen (wenn dies zumeist auch von professionellen Rhetoren übernommen wurde), könnte heute auch wieder jeder Bürger. In der Vorstellung der Verfechter einer direkten Demokratie dient das Internet als Plattform, auf dem jeder für seine politische Überzeugung streiten kann. Zugleich erschöpft sich aber seine Funktion nicht in der Möglichkeit, eine Bühne für politischen Streit bereitzustellen. Das Internet stellt auch Kapazitäten für Bürger bereit, sich am politischen Entscheidungsprozess zu beteiligen. In der Forschung wird dies unter dem Begriff „e-Partizipation“<sup>1</sup> diskutiert. Ebenfalls kann es als elektronisches Wahllokal dienen. In der Wissenschaft wird diese politische Dimension des Internets „e-Voting“<sup>2</sup> genannt. Zusammenfassend könnte man sagen, was in Athen der Areopag war, ist heute das Internet.

Neben diesen direktdemokratischen Möglichkeiten, die zu einem gewissen Grad auch schon verwirklicht worden sind (so gilt beispielsweise Estland als Vorreiter des rechtsverbindlichen Onlinewählens<sup>3</sup>, während in Bayern die Vision von einer Umsetzung im Jahr 2018 besteht<sup>4</sup>), konstituiert sich im Internet eine gänzlich andere politische Öffentlichkeit. Sie ist nur im Zusammenhang mit den sogenannten Neuen Medien denkbar und soll daher „Neue Öffentlichkeit“ genannt werden. Während die e-Partizipation als eine Verlängerung bisheriger politischer Strukturen verstanden werden kann (Partizipation von Bürgern hat es immer gegeben), unterscheidet sich die „Neue Öffentlichkeit“ von der „Alten“ dadurch, dass sie als Verlängerung des Stammtisches aufgefasst werden kann. Während nun aber in Zeiten vor dem Internet „Stammtischparolen“ auf ein relativ enges Gebiet begrenzt blieben, verbreiten sie sich heute, wo das Internet in einen großen Bereich des öffentlichen wie auch privaten Lebens eingedrungen ist, problem- und grenzenlos. Während die alte Öffentlichkeit sich an die Spielregeln der politischen Kommunikation hält, gilt dies nicht für die

---

<sup>1</sup> Heise (2008).

<sup>2</sup> <http://www.e-demokratie.org/definition/e-voting/>.

<sup>3</sup> Vgl. Rutz (2011).

<sup>4</sup> Vgl. <http://www.welt.de/regionales/muenchen/article123749192/Online-Wahl-auszuschliessen-ist-anachronistisch.html/>.

Neue Öffentlichkeit. Es wird nicht vor Beleidigungen bzw. übelsten Beschimpfungen von Politikern zurückgeschreckt. Während die alte Öffentlichkeit als gezähmt und konsensorientiert beschrieben werden kann, ist die Neue anarchisch und wild und keinesfalls an einem Konsens interessiert. In ihrer Eigenwahrnehmung kennen Vertreter der Neuen Öffentlichkeit die Wahrheit schlechthin – und alle, die sie nicht teilen, werden mittels Hassreden herabgesetzt und verunglimpft. Sie sind rationalen Argumenten nicht zugänglich. Vernunft wird durch Emotionen ersetzt. Ein weiteres keinesfalls unwichtiges Kennzeichen der Neuen Öffentlichkeit ist, dass das Internet den Schreiber (zunächst) anonym lässt. Dies verstärkt den ohnehin schon aggressiven Ton der Neuen Öffentlichkeit. In diesem Zusammenhang sei auf die sogenannten „Trolle“ hingewiesen, also Foristen und Online-Kommentatoren, die durch eine aggressive Sprache und Unversöhnlichkeit auffallen und sich darin zu gefallen scheinen, jegliche Diskussion zu unterbinden, soweit dies im Internet möglich ist.

Mit der Einführung des Begriffs der Neuen Öffentlichkeit soll zunächst dem Umstand Rechnung getragen werden, dass Menschen keine rein rationalen Wesen sind. Vor allem innerhalb wissenschaftlicher Diskussionen, die die e-Partizipation zum Thema haben, scheint häufig ein naiv zu nennendes Menschenbild vorzuliegen. Der Wähler und Mensch wird hier zumeist als wohl informierter und rational agierender Bürger konzeptualisiert. Häufig wird er implizit als eine Variante des „Homo Oeconomicus“<sup>5</sup> verstanden, also als Mensch, der nur rationalen Argumenten zugänglich ist, und jede seiner Handlungen wird nach Kosten-Nutzen-Abwägungen vollzogen. Es bedarf hier keiner ausführlicheren wissenschaftlichen Analyse, um zu verdeutlichen, dass dieser Mensch ein reines Fantasieprodukt der Ökonomie und in der außerökonomischen Wirklichkeit nicht anzutreffen ist. Der nicht-rational agierende Mensch ist der Mensch der Neuen Öffentlichkeit; dies kann als notwendige, aber noch nicht hinreichende Bedingung des Menschen (in) der Neuen Öffentlichkeit verstanden werden. Als hinreichende Bedingungen scheinen vor allem allgemeines oder aber politisches Unbehagen erforderlich zu sein, das sich häufig an Personen, politischen Projekten oder aber politischen Grundentscheidungen entzündet und, wenn man in dieser Metapher verbleibt, tatsächlich zu einem Flächenbrand führen kann.

Aus der Beschreibung der Neuen Öffentlichkeit wird deutlich, dass sie zunächst in Foren, Blogs usw. aktiv und damit ein Phänomen des Internets ist. Aussagen von Politikern werden kommentiert, häufig verdreht und systematisch missverstanden.

---

<sup>5</sup> vgl. <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/homo-oeconomicus.html/>.

Missbilligungen werden sehr deutlich bis hin zum sogenannten „Shitstorm“<sup>6</sup> zum Ausdruck gebracht. Es kann sogar, wie an dem Beispiel von Jutta Ditfurth gezeigt werden kann, bis zu Morddrohungen reichen.<sup>7</sup> Die Neue Öffentlichkeit beschränkt sich aber nicht auf Foren oder Blogs. Auch Seiten wie beispielsweise Facebook stellen die Möglichkeit bereit, sich in Gruppen, die eben auch politische Ziele verfolgen, zu organisieren. Ebenfalls hier ist an Internetdienste wie Twitter, Whatsapp, ICQ und Ähnliches zu denken. Dies ist besonders pikant, da derartige Internetseiten natürlich zunächst kommerzielle Interessen haben.

Die Neue Öffentlichkeit beschränkt sich aber nicht auf Internetaktivitäten. Sie greift vielmehr von der virtuellen auf die nicht-virtuelle Welt über. So kann beobachtet werden, dass Organisationen, die in einem engen Zusammenhang mit der Neuen Öffentlichkeit stehen, auch über das Internet Proteste und Demonstrationen arrangieren. Ein aktuelles Beispiel hierfür ist sicher in der PEGIDA-Bewegung zu sehen, die u.a. über Facebook ihre „Montagsabendspaziergänge“ organisiert.<sup>8</sup> Daher sollte die Neue Öffentlichkeit in ihrer Wirkung nicht unterschätzt werden.<sup>9</sup> Sie ist nicht auf pöbelnde und nur im Internet aktive Bürger zu beschränken. Die Verlängerung des Stammtisches in das Internet wirkt auf die reale Welt zurück, und so ist es durchaus möglich, dass sich aus dem emotionalen Stammtisch eine kräftige politische Strömung konstituiert, die sich vor allem gegen die etablierten politischen Parteien richten könnte.

Diese Arbeit stellt sich die Aufgabe, der Neuen Öffentlichkeit ein Modell politischer Mitwirkung entgegenzustellen, das einerseits dem verbreiteten Wunsch vieler Bürger nach politischer Mitbestimmung entgegenkommt, diese politische Mitbestimmung zugleich aber versucht zu „zähmen“. Wie die Neue Öffentlichkeit wesentlich auf das Internet und seine Möglichkeiten bezogen ist – und damit auch historisch betrachtet von neuer Art –, so muss auch das hier vorgestellte Modell aufs Engste mit dem Internet verbunden sein. Es soll als eine Art proaktive Aktion und Reaktion auf die Neue Öffentlichkeit verstanden werden. Gleichzeitig soll versucht werden, konsensbildend auf die verschiedenen Positionen einzuwirken. Hierfür bedient sich dieses Modell rationaler Argumente. Gefühle, Affekte und Emotionen sollen, soweit es möglich ist, keinen Einfluss auf die politische Willensbildung haben. Da dies aber faktisch nicht auszuschließen ist, muss dieser Aspekt bei der Analyse berücksichtigt werden.

---

<sup>6</sup> Vgl. Zietz (2014).

<sup>7</sup> Vgl. Zietz (2014).

<sup>8</sup> Vgl. <https://www.facebook.com/pages/PEGIDA/790669100971515>, zwischenzeitlich gelöscht: <http://www.sz-online.de/sachsen/pegida-verliert-facebook-seite-3450503.html/>.

<sup>9</sup> Als ein weiteres aktuelles Beispiel wäre die Blockupy-Bewegung zu nennen.

Diese Arbeit steht also zunächst im Spannungsfeld von "Bürger" und einer institutionalisierten Politik. Bürger wird von *Alfons Gern* definiert als einheitlicher und kommunalrechtlicher Begriff, deren Kern im Grundgesetz (Art. 116) und in den jeweiligen Gemeindeordnungen festgelegt ist. Demnach ist „Bürger“, der Deutsche im Sinne des Artikels 116 (GG) ist oder die Staatsangehörigkeit eines anderen Mitgliedsstaates der Europäischen Union besitzt, das 18. Lebensjahr (in einigen Ländern das 16. Lebensjahr) vollendet hat und seit mindestens drei Monaten in der Gemeinde wohnt.<sup>10</sup>

Wenn Politiker erfolgreich arbeiten wollen, dann sind sie gezwungen, innerhalb dieses Spannungsfeldes spannungsmindernd zu wirken. Der Neuen Öffentlichkeit muss (bildlich gesprochen) der Wind aus den Segeln genommen werden (soweit dies möglich ist). Letztlich soll die in der Arbeit entwickelte Netzpräsenzlösung dies unterstützen.

Um das Modell besser einordnen und verstehen zu können, soll zunächst ein operationaler Begriff des Staates gegeben werden. Hierfür bietet sich aus mehreren Gründen die Staatsphilosophie *Hegels* an, da sie nicht nur den Staat selbst, in Form seiner Unterinstitutionen, in den Blick geraten lässt, sondern auch den je konkreten Bürger, insofern er Mitglied einer Familie ist und auch als Glied der bürgerlichen Gesellschaft fungiert. Vor dem Hintergrund der Staatstheorie und -philosophie *Hegels* kristallisiert sich der Unterschied zwischen Staat und Bürger deutlicher heraus als vor dem Hintergrund vieler anderer theoretischer Diskussionen. Es ist letztlich dieser schon von *Hegel* angedeutete Unterschied, der in der Moderne als Streit zwischen Neuer und alter Öffentlichkeit wiederkehrt.

Im Anschluss wird kurz von der systematisch-philosophischen auf eine politikwissenschaftliche Perspektive gewechselt. Insofern die *Hegel'sche* Staatsphilosophie indifferent gegenüber den je konkreten Staatsformen ist, zeigt sie nur, welche Institutionen ein Staat haben muss; da sie jedoch keine Form vorgibt (sei es Demokratie, sei es Monarchie), in der er verfasst sein muss/sollte,<sup>11</sup> scheint ein politikwissenschaftlicher Blick auf die repräsentative wie auch die direkte Demokratie notwendig. Es wird kurz darauf eingegangen, warum für eine bestimmte geschichtliche Situation Demokratie als repräsentative Demokratie verstanden wurde. Jede direkte Demokratie kann mit einem gewissen Recht als „wild“ bezeichnet werden. Repräsentative For-

---

<sup>10</sup> Gern (2000), 250 ff.

<sup>11</sup> Tatsächlich befürwortet *Hegel* eine konstitutionelle Monarchie; dies hängt aber mit der fürstlichen Gewalt zusammen, der der Philosoph eine Stellung innerhalb seines Systems zuweist, die sie nicht notwendigerweise haben muss. Dies wird später (S. 28 f.) genauer diskutiert.

men der Demokratie sind demnach als Zählungen oder Einhegungen der direkten Demokratie zu verstehen. Jedoch sind diese Einhegungen nicht immer als erfolgreich zu bezeichnen.

Das vierte Kapitel widmet sich der Bürgerbeteiligung, also der konkreten Beteiligung am politischen Willensbildungsprozess. Damit ist natürlich bis zu einem gewissen Grad die Repräsentation aufgehoben. Dieses vierte Kapitel unterteilt sich in zwei Unterkapitel, wobei zunächst der rechtliche Rahmen dargestellt wird, um dann die Rolle der Medien innerhalb dieses Prozesses zu beleuchten. Besonderes Augenmerk wird hierbei auf das Internet als neue Vermittlungsinstanz politischer Ansichten gelegt. In diesem Zusammenhang wird der oben schon kurz erwähnte Begriff der Neuen Öffentlichkeit präzisiert und in seinem Zusammenhängen näher erläutert.

Das fünfte Kapitel widmet sich den Protesten um den Umbau des Stuttgarter Kopfbahnhofs zu einem Transitbahnhof. Dieses Umbauvorhaben, das unter dem Stichwort „Stuttgart 21“<sup>12</sup>, auch aufgrund dieser Proteste, bundesweite Aufmerksamkeit erhielt, ist auch (und vielleicht gerade) ein Punkt, an dem die Neue Öffentlichkeit zum ersten Male deutlich in das Bewusstsein der deutschen Bevölkerung getreten ist. Die Untersuchung der Demonstrationen wird allerdings zeigen, dass die Neue Öffentlichkeit in Stuttgart vielleicht als eine Mischform zwischen der (reinen) Neuen Öffentlichkeit und der alten zu verstehen ist. Sie ist zwar unversöhnlich und nicht konsensorientiert, sie bringt jedoch Argumente für die eigene Position und nimmt zumindest teilweise die Argumente der Gegenseite wahr bzw. greift sie auf.

Das abschließende, zentrale sechste Kapitel widmet sich in Form eines Fazits den Möglichkeiten, die das Internet für direktdemokratische Prozesse bietet. Unter dem Begriff „e-Demokratie“ ist dieses Phänomen in der Forschung bekannt.<sup>13</sup> Als Unterpunkt ist auf das sogenannte e-Voting hinzuweisen, also die Möglichkeit, mittels eines Internetzugangs zu wählen. Anschließend wird sich dem offensichtlich zentralen Anliegen dieser Arbeit gewidmet. Der Staat ist aufgrund der Neuen Öffentlichkeit gezwungen, seine eigenen Vorhaben genauer und auch gründlicher in der Öffentlichkeit darzustellen. Die Arbeit stellt die Grundprinzipien einer Internetseite vor, die sich auf ein konkretes öffentliches Projekt bezieht. Hierfür werden exemplarisch zwei Experten herangezogen, die Argumente pro und contra für dieses Projekt anführen. Von großer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang, dass neben den Experten auch interessierte Bürger eine Diskussion um das in Frage stehende Projekt führen dürfen

---

<sup>12</sup> Vgl. hierzu vor allem Ostertag (2008) und Schorlau (2010).

<sup>13</sup> Vgl. Birkenmaier (2004) und Madise/Martens (2006).

und sollen. Um sich aber von Seiten der Neuen Öffentlichkeit abzusetzen, ist die Diskussion, die sich auf dieser Seite entfalten soll, gemäß der „Diskurstheorie“<sup>14</sup> von *Habermas* und den ihr inhärenten Forderungen zu führen. Alle Teilnehmer verpflichten sich, gemäß der idealen Sprechsituation zu argumentieren. Moderatoren sollen darauf achten, dass die Teilnehmer dieser Forderung nachkommen, indem gegebenenfalls Beiträge, die nicht dieser Forderung entsprechen, zu löschen bzw. deren Autoren über die Anforderungen zu informieren sind, sodass jeder andererseits die Möglichkeit hat, sich angemessen frei zu äußern.

Der eigentliche Zweck dieser Webseite besteht darin, die Neue Öffentlichkeit in den politischen Willensbildungsprozess einzubinden, um konstruktiv gemeinsam nach einer Lösung zu suchen. Da diese zentrale Seite von staatlichen Stellen als einheitliche Anlaufstelle bereitgestellt werden, ergibt sich die Forderungen nach der idealen Sprechsituation von allein. Weiterhin sind mit derartigen Seiten die Hoffnungen verbunden, dass gerade aufgrund der idealen Sprechsituation einige Kommentatoren, die der Neuen Öffentlichkeit zugerechnet werden müssen, in den Diskurs einsteigen und nur mit Argumenten diskutieren bzw. ihre Meinung vertreten. Diese Hoffnung könnte vom jetzigen Standpunkt als naiv gewertet werden, trotzdem scheint dies die einzige Methode zu sein, wie die staatlich organisierte Gemeinschaft auf das Phänomen der Neuen Öffentlichkeit langfristig positiv einwirken bzw. sie für das Gemeinwohl fruchtbar machen kann.

## 1.2. Methodologische Bemerkungen

Diese Arbeit steht auch in der Tradition von *Alfred Schütz* und dessen Beschreibung sozialer Phänomene. *Schütz* verstand sich selbst als Schüler *Edmund Husserls*, des Begründers der Phänomenologie. Er versteht unter der Philosophie seines Lehrers „vor allem eine Philosophie des Menschen. Sie ist (...) auf die Seinswelt des Menschen bezogen, deren Sinn sie verständlich zu machen hat.“<sup>15</sup> Der zu verstehende Sinn ist einerseits auf die „leistende Subjektivität“ bezogen<sup>16</sup>, die, insofern sie Sinn stiftet wie auch versteht, sämtliche Wissenschaften (Natur- wie auch Geisteswissenschaften) begründet. Andererseits ist sie auf das Phänomen, das in sich selbst Sinn ist, bezogen.

*Schütz* versteht sich aber im engeren Sinne nicht als Phänomenologe, sondern als

---

<sup>14</sup> Habermas (1985), S. 127 ff.

<sup>15</sup> Schütz (1972a), S. 136.

<sup>16</sup> Schütz (1972a), S. 137.

Sozialwissenschaftler, der sich der Phänomenologie als Methode bedient. In diesem Sinne kennzeichnet er seinen eigenen Ansatz als „echte Psychologie der Intentionalität“. <sup>17</sup> Die Wissenschaft, die hier entspringt, sei allerdings nicht als eine Tatsachenschaft, sondern wie die Phänomenologie *Husserls* als „Wesenswissenschaft“ zu verstehen. <sup>18</sup>

Der zentrale Begriff dieser Arbeit ist „Neue Öffentlichkeit“. Er ist im Sinne von *Schütz* als eine Tatsache zu verstehen, und daher ist diese Arbeit unter dem Titel „Tatsachenschaft“ zu verorten. Dabei kommt es scheinbar zu einem Widerspruch, da *Schütz* deutlich sagt, dass er an „Tatsachen“ nicht interessiert sei, seine Arbeit also nicht Tatsachen zum Thema hat. Gleichwohl ist dies nur ein scheinbarer Widerspruch. Jede Tatsache muss ein „Wesen“ haben. Folglich besitzt auch die „Neue Öffentlichkeit“ ein Wesen, das als „soziale Handlung“ verstanden werden kann. <sup>19</sup> Zugleich aber geht *Schütz* selbst über die reine Wesenswissenschaft hinaus und analysiert Tatsachen, wie z.B. „der gut informierte Bürger“ oder aber „gemeinsam musizieren“. <sup>20</sup> Es liegt in der Natur des Sozialwissenschaftlers, dass er von der reinen Theorie auf die angewandte Theorie kommt.

Was alle Arbeiten von *Schütz* zusammenhält, ist die einheitliche phänomenologische Methode seines Lehrers *Husserl*. Sie ist verstehend-analysierend und nicht logisch-deduktiv. Im Zentrum steht immer die je eigene Erfahrung, die keinesfalls durch Konstruktionen, welcher Art auch immer, verbaut sein darf. Vielmehr geht es *Schütz* letztlich darum, genau derartige Konstruktionen nachzuzeichnen.

In diesem Sinne soll der Begriff der „Neuen Öffentlichkeit“ hergeleitet und als Strukturphänomen einer modernen Demokratie gedeutet werden. Er ergibt sich keinesfalls aus einer Deduktion, sondern ist im Sinne von *Schütz* das Produkt einer verstehend-analysierenden Erfahrung von Tatsachen.

### 1.3. Stand der Forschung

Als erstes muss darauf hingewiesen werden, dass das Vorhaben, Bürgerbeteiligungen mithilfe elektronischer Medien zu organisieren, nicht erst mit dem Aufkommen des Internets entstanden ist. *Oliver Märker* und *Josef Wehner* berichten, dass schon in den 1970er Jahren erste Überlegungen aufgekommen sind, den Stimmen von

---

<sup>17</sup> *Schütz* (1972a), S. 138. Intentionalität bedeutet, dass jegliche geistige Aktivität des Menschen immer auf etwas gerichtet ist. So ist jeder Gedanke, jede Erinnerung, jede Erwartung oder Phantasie immer auf etwas gerichtet oder meint etwas.

<sup>18</sup> *Schütz* (1972a), S. 138.

<sup>19</sup> Vgl. *Schütz* (1972b), S. 3 ff.

<sup>20</sup> Vgl. *Schütz* (1972b), S. 85 ff und 129 ff.

Bürgerinnen und Bürgern via Fernseher, Telefon oder auch Breitbandkabel mehr Gewicht zu verleihen. Sie berichten aber auch, dass für die Stadt- und Regionalplanung die ersten Ansätze zu elektronischer Partizipation mit der Popularisierung des Internets zusammenfallen.<sup>21</sup> Sie stellen im Weiteren zwei Formen der elektronischen Partizipation vor, die als „informelles Beteiligungsverfahren“ - hierunter würden beispielsweise Online-Konsultationen zur Stadtentwicklungs- oder Verkehrsplanung als förmliche Verfahren der Öffentlichkeitsbeteiligung fallen - und als „Beteiligungen innerhalb formaler Planungsverfahren“ - hierzu würde beispielsweise „Raumordnungsplanung“ gehören - bezeichnet werden. Es würde zwischen diesen beiden Formen der e-Partizipation zu Berührungspunkten kommen, die zu einer Bürgerversammlung im Internet führen würden.<sup>22</sup>

*Franz Reinhard Habel* weist in einem Artikel daraufhin, dass die Bürger weniger Staat und weniger Regelungen wollten. „Bürger und Unternehmen wollen von überflüssiger Bürokratie befreit werden“.<sup>23</sup> Er sieht eine große Chance, diesen Wünschen der Bürger von staatlicher Seite entgegenzukommen, indem er auf Konzepte des e-Government und der e-Demokratie verweist. „e-Government liefert den Grundbaustein für eine offene Bürgergesellschaft.“<sup>24</sup> *Habel* schlussfolgert, dass „Städte und Gemeinden ... künftig den Bürgern moderne Informations- und Kommunikationstools zur Verfügung stellen (müssen), und zwar für formelle und informelle Beteiligungsprozesse und für den Aufbau und den Betrieb von themenorientierten Communities“.<sup>25</sup>

Ganz ähnlich argumentiert *Christoph Engemann*. Er spricht die auf sich verweisenden Punkte Staat – Ökonomie (Wirtschaft) – Bürger (Gesellschaft) an, die ein Dreieck bilden würden und als zentraler Bestandteil des Kapitalismus gelten. „Das Internet mit seiner beinahe universellen Verbreitung, seiner Minimierung der Faktoren Raum und Zeit, mit seiner Schnittstellenvielfalt tritt im Zuge der hier analysierten Entwicklung als Verstärker in dieses Dreieck ein.“<sup>26</sup> Weiterhin gewinne die Bürokratie neue Potentiale an Legitimität und Kapazität.<sup>27</sup> Die vielleicht zentrale Aussage seiner Arbeit lautet allerdings, dass es zu einer Spaltung der Internetdiskurse in idealisierte und entwertende komme. *Engemann* führt dieses Paradox auf fundamentale Designentscheidungen zurück, die zu Entwicklungsbeginn des Internet getroffen worden

---

<sup>21</sup> Märker/ Wehner (2008), S. 84.

<sup>22</sup> Märker/Wehner (2008), S. 86.

<sup>23</sup> Habel (2002), S. 53.

<sup>24</sup> Habel (2002), S. 53.

<sup>25</sup> Habel (2002), S. 56.

<sup>26</sup> Engemann (2003), S. 14.

<sup>27</sup> Vgl. Engemann (2003), S. 14.



seien.<sup>28</sup> Diese Arbeit schließt sich der These an, widerspricht aber der von *Engemann* gegebenen Begründung. Es sind keinesfalls nur fundamentale Designentscheidungen, welche gleichwohl eine gewisse Rolle spielen mögen, die zu einer derartigen Spaltung der Internetdiskurse führen. Vielmehr sind auch und gerade politische Ansichten ausschlaggebend, die zu dieser Spaltung geführt haben.

*Lars Gräßner* und *Friedrich Hagedorn* verweisen in der Einleitung zu ihrem Sammelband „Soziale und politische Teilhabe im Netz?“ auf die Erfolge der Piratenpartei während verschiedener Landtagswahlen in den Jahren 2011/12.<sup>29</sup> Die Autoren führen sie auf „mehr Transparenz und neuartige Formen innerparteilicher Demokratie und Partizipation“ zurück.<sup>30</sup> Mittlerweile scheint das mediale Phänomen „Piraten“ zwar politisch eher abzuklingen. Dies sollte allerdings nicht zu der Ansicht verführen, dass Partizipation wie auch neue und andere Demokratieformen heute keine Bedeutung beim *Bürger* mehr spielen würden.

*Jeffrey Wimmer* hat in dem von *Gräßner* und *Hagedorn* veröffentlichten Sammelband einen Beitrag veröffentlicht, der sich der e-Partizipation im Kontext der Mediatisierung von Demokratie und Gesellschaft widmet. Nachdem er Partizipation im Allgemeinen als Voraussetzung für Demokratie und demokratische Prozesse bestimmt hat,<sup>31</sup> führt er einige Beispiele für von „unten-nach-oben organisierte Beteiligungen“ an.<sup>32</sup> Unter diesem Stichpunkt werden Initiativen verstanden, die vom Bürger ausgehen und ein „zivilgesellschaftliches Interesse“ verfolgen. Neben kommerziellen Seiten, wie Facebook oder auch Twitter, nennt *Wimmer* aber auch nicht-kommerzielle Seiten, wie beispielsweise frankfurt-gestalten.de als Beispiele für derartige Beteiligungen. Das Fazit *Wimmers* lautet, dass „(d)ie Digitalisierung von Partizipation (...) klar auf drei weiterführende Prozesse (verweist) (...): Einerseits entstehen im Rahmen der Mediatisierung von Partizipation nicht nur digitale Abbilder realweltlicher Partizipationsmöglichkeiten (...). Andererseits entstehen gleichzeitig gänzlich neue Formen von Partizipation und damit neue Potentiale für das Entstehen gesellschaftlichen Engagements (...). Mit diesen Prozessen einher geht drittens die Bedeutungszunahme sowohl des Subpolitischen als auch des Subkulturellen im Rahmen politischer Kommunikation“<sup>33</sup>. *Gerhard Vowe* geht in seinem Beitrag, der ebenfalls in dem von *Gräßner* und *Hagedorn* veröffentlichten Sammelband publiziert wurde, den „Digital Citizens“ nach. Hier-

---

<sup>28</sup> Vgl. Engemann (2003), passim.

<sup>29</sup> Vgl. <http://www.kas.de/wf/de/33.31029/>

<sup>30</sup> Gräßner/ Hagedorn (2012), S. 11.

<sup>31</sup> Vgl. Wimmer (2012), S. 25.

<sup>32</sup> Wimmer (2012), S. 31.

<sup>33</sup> Wimmer (2012), S. 33 f.

unter versteht er diejenigen Menschen, die ihre politischen Kommunikationsroutinen in einer von den Online-Medien dominierten Welt entwickeln. Er konstatiert, dass von dieser Gruppe ein Wandel der politischen Kommunikation ausgehe, mit Folgen für die Mikro-, Meso- und Makroebene.<sup>34</sup>

Auf der Mikroebene sei dieser Wandel deswegen bedeutsam, weil die damit einhergehende Einstellungsveränderung Wahlentscheidungen beeinflussen würde. Vor allem sei mit einer höheren Volatilität der Wählergunst zu rechnen. Für die Mesoebene sei der Wandel politischer Kommunikation deswegen relevant, weil dies mit einem Machtverlust etablierter Organisationen einhergehe. Für die Makroebene schließlich sei dieser Wandel deswegen bedeutsam, weil er zu einem Wandel des Politischen führen kann.<sup>35</sup> „Denn die politische Kommunikation berührt nicht allein die öffentliche Darstellung, sondern auch die Herstellung von kollektiv bindenden Entscheidungen. In der Politik sind Darstellung und Herstellung von Politik eng verwoben“.<sup>36</sup>

Zuletzt soll noch auf ein Interview eingegangen werden, das *Oliver Märker* 2008 mit *Guido Kahlen*, dem damaligen Kölner Stadtdirektor, geführt hat. *Kahlen* berichtet davon, dass schon einige Zeit vor dem Interview mittels eines elektronischen Beteiligungsverfahrens die Kölner Bürger an der Umgestaltung des sogenannten „Kölner Ringes“, einer komplizierten Verkehrsplanung im Zentrum Kölns, miteinbezogen wurden. Dies habe die Stadt Köln veranlasst zu analysieren, wie man zukünftig e-Partizipation in einer Großstadt strukturieren und konsequent umsetzen könne. Die Schlussfolgerungen hieraus haben letztlich zu dem Bürgerhaushalt „Deine Stadt – Dein Geld“ geführt. *Kahlen* berichtet weiter von den Vorteilen eines derartigen Projekts: „Nach der Gemeindeordnung sind die Kommunen in Deutschland schon immer dazu verpflichtet gewesen, den Haushaltsentwurf auszulegen und Einwände aus der Bürgerschaft entgegenzunehmen“.<sup>37</sup> Jetzt jedoch habe sich die Situation für die Bürger dahingehend positiv gewendet, als nun auch alle Bürger einfach und bequem diesen Haushaltsentwurf<sup>38</sup> sich durchlesen und sich eine Meinung dazu bilden können. Zentral hierfür sei das Internet. „Ich denke, dass man gesamtstrategisch eine kritische Masse nur über das Internet erreichen kann.“<sup>39</sup> Obgleich *Kahlen* das Internet und die sich bietenden Partizipationsmöglichkeiten sehr positiv bewertet, macht

---

<sup>34</sup> Vgl. Vowe (2012), S. 39.

<sup>35</sup> Vgl. Vowe (2012), passim.

<sup>36</sup> Vowe (2012), S. 51.

<sup>37</sup> Märker (2008), S. 80.

<sup>38</sup> Vgl. § 76 Abs 1 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen

<sup>39</sup> Märker (2008), S. 80.

er aber auch darauf aufmerksam, dass es kein Verfahren gibt, das alle Bürger erreicht.<sup>40</sup> Zwar trage die e-Partizipation dazu bei, dass sich wieder mehr Bürger für ihre politischen Belange interessieren und sich für sie auch einsetzen, aber ein gewisser Anteil der Bürger wird auch über das Internet nicht erreicht.<sup>41</sup>

Trotz allem zieht *Kahlen* ein positives Resümee, dass „die Leute ... gemerkt (haben), dass sie nun eine neue Möglichkeit haben, direkt etwas zum Zustand ihrer Stadt zu sagen und zu ihrer Auffassung darüber, was passieren sollte und was nicht. Durch die Diskussionen in den Fachausschüssen des Rates und in den Bezirksvertretungen haben wir festgestellt, dass diese Botschaften ankommen und von der Politik begrüßt werden. Für die Politik, die mit Prioritätenlisten und begrenzten Ressourcen umgehen muss, sind die Bürgervorschläge sehr hilfreich. Sie geben Orientierung und machen das politische Tagesgeschäft einfacher.“<sup>42</sup>

---

<sup>40</sup> Vgl. Märker (2008), S. 81.

<sup>41</sup> Vgl. Märker (2008), S. 81

<sup>42</sup> Märker (2008), S. 82.